

Abrahamson, George

Article — Digitized Version

Krise der britischen Konjunkturpolitik

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Abrahamson, George (1955) : Krise der britischen Konjunkturpolitik, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 35, Iss. 11, pp. 617-620

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/132178>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

schen Faktoren zur Beeinflussung der konjunkturellen Entwicklung treten immer stärker in den Vordergrund.

Maßhalten ist erforderlich

Trotz aller Maßnahmen und Appelle dürften die Faktoren, die in der jetzigen Konjunkturphase auf eine Erhöhung des Preisniveaus drängen, im ganzen genommen stärker sein als die, die auf eine Stabilhaltung oder Senkung der Preise hinwirken. Dennoch kommt den Preissenkungsbestrebungen eine große Bedeutung zu, da sie die gegenteiligen Tendenzen abschwächen und eine sonst noch fühlbarer werdende Verschlechterung des Geldwertes verhindern. Dies wird wiederum auf die Kräfte, die Lohn-erhöhungen fordern, dämpfend wirken; zumindest wird unter solchen Umständen das Ausmaß der geforderten Lohnheraufsetzungen geringer sein als in dem Fall, in dem nur Preisauftriebstendenzen wirksam wären.

Die bisherigen Überlegungen führen zu dem Ergebnis, daß Unternehmer und Arbeiter zusammenwirken und gemeinsam eine Preis- und Lohnpolitik betreiben müssen, die eine möglichst stabile Wirtschaft bei hoher Beschäftigung zum Ziele hat. Sollte hierbei die Gefahr einer anhaltenden Preissteigerung nicht gebannt werden können, würde als letzte Waffe nur der stärkere Einsatz der Mittel der Notenbank verbleiben. (Gl.)

Geisterspuk

Wenn wir die letzten fünfzig Jahre der Geschichte überblicken, so muß man gutwillig zugeben, daß die „Geister“ überfordert worden sind. Wir haben aus jedem historischen Ereignis von einigermaßen Bedeutung einen „Geist“ geschaffen. Erinnern wir uns nur an den „Geist von 1914“, an den „Geist von Locarno“, an den „Geist von München“ — sicher hat es auch einen „Geist vom Bückeberg“ gegeben —, an den „Geist von Potsdam“, an den „Geist von Straßburg“, um schließlich — wenigstens vorläufig — beim „Geist von Genf“ zu landen. Die Zitierung dieser „Geister“ wird temperamentvoll je nach dem ideologischen Wunschtraum mit Forderungen wie „er möge lebendig bleiben!“, „er möge nicht tot sein!“, „er möge nie wiederkehren!“ verbunden. So werden diese „Geister“ zu Inkarnationen politischer Träume, die nur allzu leicht die klare Sicht durch einen Schleier trüben: Hoffnungen erwecken, Leidenschaften schüren und Enttäuschungen gebären. Wir sollten diesen Geisterspuk bannen!

Die politischen Erwägungen sind meist sehr real, und die politischen Wege sind immer nüchtern. Die „Geister“ können nur dazu dienen, diesen brutalen Realismus zu verbrämen. Ich glaube nicht, daß der viel zitierte „Geist von Genf“ sich in seiner Substanz oder seiner Aura in den letzten Wochen irgendwie verändert hat. Im gegenwärtigen Status könnte die von uns so brennend erstrebte Wiedervereinigung für den Osten sehr wohl als ein politischer Verlust und für den Westen als ein politischer Gewinn interpretiert werden. Und nach der Mächteverteilung glauben die Sowjets keine Veranlassung zu haben, einen Verlust in Kauf zu nehmen. Nur das scheint entscheidend. Sittliche und menschliche Erwägungen, die für uns bei dieser Forderung ausschlaggebend sind, treten vor dieser weltpolitischen Alternative zurück. Es gälte die Formel zu finden, Verlust und Gewinn auszugleichen. Das europäische Sicherheitssystem scheint dafür nicht auszureichen. Aber die Kompensation muß ja nicht in Europa liegen.

Es ist von den westlichen Vertretern die Frage aufgeworfen worden, ob die bisherige Verhandlungsführung der Sowjets den Schluß zulasse, daß sie der Wiedervereinigung überhaupt nur unter einer Bedingung, nämlich der Bolschewisierung ganz Deutschlands, zustimmen würden. Es ist für uns gefährlich, diese Formel als Genfer Schlußergebnis zu proklamieren. Die Sowjets haben diese rhetorische Frage nicht beantwortet. Diese Nichtbeantwortung als stilles Eingeständnis auszulegen, dürfte weder dem politischen Realismus der Sowjets noch ihrer dialektischen Interpretation der historischen Situation gerecht werden. Selbst wenn die Sowjets auch heute noch ideologisch von der Zwangsläufigkeit der kommunistischen Weltherrschaft überzeugt sind, so wissen sie sehr wohl, daß eine Ausweitung des kommunistischen Systems nach Westeuropa jeder politischen Realität widerspricht. (sk)

Dr. George Abrahamson, London:

Krise der britischen Konjunkturpolitik

Das Herbstbudget des britischen Schatzkanzlers hat eine schlechte Presse gehabt. In der Öffentlichkeit hat die Ankündigung erhöhter Steuern und reduzierter Mietzuschüsse begreiflicherweise wenig Freude erweckt, und im Parlament wurde die Wirtschaftspolitik der konservativen Regierung ungewöhnlich scharfer Kritik unterzogen. Es fehlt auch nicht an Stimmen, die die jüngsten Schwierigkeiten als Wiederkehr der von 1947 bis 1951 regelmäßig alle zwei Jahre erlebten „Währungskrisen“ deuten. Die parteipolitischen Differenzen dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß noch immer ein weites Maß von Übereinstimmung über Ziel und Methodik der britischen Konjunkturpolitik besteht. Ihr Ziel ist die höchste bei voller Beschäftigung aller verfügbaren Arbeitskräfte erreichbare Erzeugung, und wenn der bewußte Verzicht auf Produktions- und Arbeitsreserven (zur Zeit gibt es zwei unbesetzte Arbeitsplätze für jeden registrierten Arbeitslosen) ein hohes Maß von Flexibilität in der

Wirtschaftsführung bedingt, so zieht man die daraus folgenden Risiken der — in Schatzkanzler Butlers Worten — defaitistischen, restriktionistischen und deflationistischen Auffassung vor, daß ein gewisser Spielraum zu allen Zeiten wünschenswert sei. Daß Vollbeschäftigung ein gewisses Maß von inflationärem Überdruck mit sich bringt, wird als unvermeidlich akzeptiert, ja sogar als Mittel zur Überführung von Arbeitskräften in wichtigere Wirtschaftszweige genutzt.

Niedrige Valuta-Reserven

Es ist charakteristisch für die Besonderheit der britischen Wirtschaft, daß sich die Notwendigkeit von Korrekturen zuerst in Schwankungen der Gold- und Dollarreserven anzeigt. Seitdem Großbritannien im Laufe des Krieges von einem Gläubiger- zu einem Schuldnerland geworden ist, sind diese Reserven völlig unzulänglich. Sie dienen bekanntlich als Valutafonds für den gesamten Sterlingraum. Kapitalbewegungen und

Transaktionen mit anderen Regierungen, vor allem mit den USA, haben die Goldreserven im ganzen viel stärker beeinflusst als der normale Handelsverkehr, und spekulative Einflüsse konnten durch die noch immer recht straffe Währungskontrolle nie ganz ausgeschlossen werden. Seit der Abwertung von 1949 hat sich der aus Kapitalbewegungen, Staatstransaktionen, Exportüberschüssen überseeischer Sterlingländer und anderen äußeren Faktoren ergebende positive Beitrag zu den Währungsreserven mit einer Unterbrechung im Jahre 1952 stetig verringert.

Das ist angesichts des absolut niedrigen Standes der Reserven um so bedenklicher, als jeder bedeutendere Goldverlust schwer kontrollierbare spekulative Bewegungen auslöst. Unter den obwaltenden Umständen muß deshalb jeder größere, wenn auch nur kurzfristige Goldabfluß vermieden werden. Darüber hinaus strebt die britische Wirtschaftspolitik auf einen ständigen kleinen Zahlungsbilanzüberschuß hin; denn wenn die Goldbewegungen auch verglichen mit den gewaltigen Außenhandelsumsätzen des Sterlingraums meist minimal sind, so kann, wie die Erfahrung lehrt, die im eigenen Lande unbezweifelte Stärke der britischen Währung dem Ausland gegenüber nur durch Vermeidung von Goldverlusten demonstriert werden. Die jüngsten Zahlen spiegeln eine wesentliche Verbesserung der Sterlingbilanz wider, aber der Zwang, bei allen wirtschaftlichen Entscheidungen ihren wahrscheinlichen, wenn auch vielleicht nur kurzfristigen Eindruck auf den Währungsmarkt im Auge zu behalten, muß natürlich die Bewegungsfreiheit der leitenden Wirtschaftsstellen ernstlich beengen.

Politische Verflechtungen

Ein nicht weniger schweres Hemmnis für wirkungsvolle konjunkturelle Eingriffe ergibt sich aus ihren politischen Verflechtungen. Es war lange allen verantwortlichen Beobachtern klar, daß das während des Krieges und danach entwickelte System der Wohnungs- und Nahrungsmittelsubventionen zu einer auf die Dauer untragbaren Verfälschung der Preis- und Kostenrelationen führte. Aber ihr Abbau war unpopulär und erforderte großen politischen Mut. Heute mag es scheinen, daß diese politischen Nachteile einer Rückkehr zu gesunden ökonomischen Grundsätzen vielfach überschätzt worden sind und daß der allmähliche Abbau der Subventionen, der jetzt durch Revision der öffentlichen Mietzulagen für das kommunale Wohnungswesen und der Mietgesetze ein weiteres Stück vorwärts gebracht werden soll, früher und schneller hätte erfolgen können. Der Rücksichtnahme auf eine unpopulären wirtschaftlichen Erkenntnissen nur langsam folgende öffentliche Meinung ist es auch großenteils zuzuschreiben, wenn gewisse chronische Beschwerden der britischen Wirtschaft (wie die unzureichende Spartätigkeit, die unzulängliche Kohlegewinnung, die periodischen Ausstände der Hafenarbeiter und die übermäßige Tendenz zur Deckung von Zukunftsbedarf und Luxusansprüchen durch Teilzahlung) nur zögernd angepackt werden. Die als notwendig empfundene psychologische Vorbereitung der Bevölkerung auf kommende mehr oder weniger drastische Maßnahmen hat mitunter, und auch wieder in den letzten Monaten, zu erheblichem Zeitverlust geführt. Zweifellos würde man dennoch eine entschiedenere und schroffere Konjunkturpolitik befolgen, wenn dies notwendig wäre. Aber dem jetzigen Schatzkanzler ist es wichtiger, ein günstiges Klima für die Entwicklung von Initiative und gesunder Wirtschaftsführung im

privaten und im öffentlichen Sektor zu schaffen als bestimmte Entscheidungen durch physische Kontrolle und direkten Regierungseingriff zu erzwingen.

Konsum und Investitionen

Die Entwicklungstendenzen scheinen ihm auf lange Sicht Recht zu geben. Das Wachstum der Erzeugung hat sich nach einer Unterbrechung im Jahre 1952 in einem angesichts der vollen Auslastung aller Produktionskapazitäten befriedigenden Tempo fortgesetzt. Der Verbrauch nahm indessen langsamer zu, so daß ein größerer Teil der Erzeugung für Investitionen zur Verfügung stand. Auch die Ausweitung des Ausfuhrvolumens war bis vor kurzem absolut nicht unbefriedigend, hätte aber größer sein können, wenn Absatzschwierigkeiten auf dem heimischen Markt die britische Industrie zur Intensivierung ihres Auslandsgeschäfts gezwungen hätten. Die starke Zunahme des Einfuhrvolumens dagegen stellte eine Belastung der Handelsbilanz dar, obwohl sie im großen und ganzen mit der Steigerung der heimischen Investitionstätigkeit parallel lief. Der bestimmende Faktor war zweifellos die starke Steigerung des Investitionsvolumens.

Wenn die Investitionstätigkeit in den letzten Jahren überhöht war, so trifft die private Industrie keine Schuld, wie auch der private Verbraucher bis vor kurzem nicht in erster Linie für die Konsumausweitung verantwortlich war. Die laufenden Ausgaben der öffentlichen Hand erhöhten sich bis 1952 viel schneller als der private Verbrauch (zum großen Teil als Ergebnis der wachsenden Leistungen für Erziehung, Gesundheitsdienst und Wohlfahrt), treten allerdings seitdem wieder mehr in den Hintergrund. Die Kapitalausgaben der öffentlichen Hand sind dagegen bis in die jüngste Zeit viel schneller gewachsen als die des privaten Sektors der britischen Wirtschaft.

Die rasch ansteigenden Ausgaben für den Wohnungsbau und für soziale Zwecke wären vom volkswirtschaftlichen Standpunkt weniger bedenklich, wenn sie durch erhöhte private Spartätigkeit gedeckt, also durch Konsumeinsparungen auf anderen Gebieten ausgeglichen würden. Bis zu einem gewissen Grad war dies tatsächlich der Fall. Privatpersonen haben in den letzten Jahren, in scharfem Gegensatz zu der vorangegangenen Periode, in der die private Spartätigkeit völlig ausfiel, einen recht bedeutenden Beitrag zur Kapitalbildung geleistet. Ermöglicht wurde dieser Beitrag durch Steuersenkungen, er ging aber überwiegend in nicht direkt produktive Investitionen. Er entlastete die öffentliche Hand, deren Kapitalaufwand seit 1952 auf einem niedrigeren Niveau verweilt, während die industriellen Investitionen hauptsächlich aus unausgeschütteten Gewinnen von Kapitalgesellschaften finanziert werden. Die sich aus dieser Entwicklung ergebenden Probleme sind offensichtlich: Wenn produktive Investitionen hauptsächlich aus zurückgehaltenen Gewinnen finanziert werden müssen, kann es jungen Industriezweigen nicht leicht fallen, ihren schnell wachsenden Kapitalbedarf zu decken. Wenn andererseits Privatkapital hauptsächlich für unproduktive Zwecke investiert wird, kann die Produktionswirtschaft auf die Dauer nicht den Bedarf an Investitionsgütern decken, was zu überhöhten Preisen und Importen solcher Waren führt.

Tatsächlich war es schon Anfang dieses Jahres klar, daß die Überlastung der britischen Wirtschaft durch Investitionen für Konsumzwecke, vor allem den kommunalen Wohnungsbau, und durch Kreditkäufe von Haushaltswaren gefährliche Ausmaße annahm. Der

Diskontsatz der Bank von England wurde deshalb im Januar um $\frac{1}{2}\%$ und im Februar um 1% (auf $4\frac{1}{2}\%$), der Zinssatz für Regierungskredite an öffentliche Stellen um bis zu $\frac{7}{8}\%$ erhöht. Gleichzeitig wurden die im Juli 1954 verfügten Beschränkungen des Teilzahlungsgeschäfts verschärft. Angesichts der darauf zu erwartenden Mäßigung des langfristigen Konsums hielt sich der Schatzkanzler im April für berechtigt, dem Einkommensteuerzahler gewisse Konzessionen zu machen. Seine Hoffnung, durch Steuerzugeständnisse verbunden mit höheren Zinsen privates Sparen anzuregen, wurde aber enttäuscht. So sah er sich denn schon im Juli unter dem Eindruck des gerade beendeten Hafen- und Eisenbahnstreiks gezwungen, dem Teilzahlungsgeschäft weitere Beschränkungen aufzuerlegen und — eine völlig neue Maßnahme — die Großbanken zu einem generellen Kreditabbau aufzufordern. Das erwünschte Resultat einer unmittelbaren Entlastung der Wirtschaft blieb aber auch danach zunächst aus, so daß im Oktober die Kaufsteuer auf Kraftwagen, Luxuswaren und dauerhafte Konsumgüter und die Dividendensteuer heraufgesetzt, die Post- und Telefongebühren erhöht und die Mietzuschüsse gekürzt werden mußten. Die Gelegenheit wurde zu einer Reform der Kreditgewährung an kommunale Behörden benutzt, um diese den Gesetzen des freien Kapitalmarkts zu unterwerfen, und gleichzeitig erging eine Anweisung an verschiedene öffentliche Stellen, Kapitalinvestitionen nach Möglichkeit hinauszuschieben.

Politik kleiner Korrekturmaßnahmen

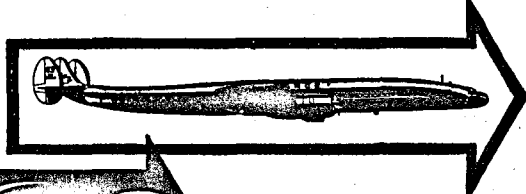
Keine der in den letzten zehn Monaten ergriffenen Korrekturmaßnahmen ist ihrem Charakter oder Ausmaß nach für sich allein einschneidend. Durch das Zusammenwirken verschiedener Maßnahmen, die sämtlich dem gleichen Ziel der Wirtschaftsentlastung dienen, hofft man, den Nachfrageüberhang schmerz- und risikolos zu beseitigen, wohingegen ein konzentrierter Angriff auf eine Front der Volkswirtschaft — etwa auf den Kapitalaufwand der öffentlichen Hand oder auf gewisse Formen des langfristigen Konsums — so intensiv sein müßte, daß er notwendigerweise wirtschaftliche Verzerrungen nach sich ziehen würde. Es fällt auf, daß unter den gewählten Korrekturmaßnahmen ein Eingriff in das Preis- und Lohngefüge fehlt. Die Löhne sind in den letzten drei Jahren stärker gestiegen als die Lebenshaltungskosten und haben zweifellos zu dem allgemeinen Preisauftrieb beigetragen; in der Fertigwaren- und der Exportindustrie, die seit 1951/52 eine flachere Preiskurve aufweisen, dürften die Lohnsteigerungen weitgehend durch gesteigerte Produktivität aufgefangen worden sein. Unter diesen Umständen hielt es die Regierung für unnötig, das dornige Problem der Preise und Löhne direkt anzupacken; Maßnahmen gegen Monopol- und Kartellauwüchse stehen jedoch in Aussicht.

Wenn die Korrekturmaßnahmen bisher nur langsam und beschränkt wirksam wurden, so zum großen Teil infolge mangelnder Erfahrung in ihrer Anwendung. Die sukzessive Erhöhung des Diskontsatzes, die sich durch das ganze Zinsgefüge fortpflanzen sollte, hatte tatsächlich wenig Einfluß auf die Kapitalnachfrage und die kurzfristigen Kreditansprüche von Landwirtschaft und Handel; eine wirklich wirksame, stärkere Erhöhung des Diskontsatzes mußte aber angesichts der starken Auslandsverschuldung wegen ihres ungünstigen Einflusses auf die Zahlungsbilanz unterbleiben. Die Teilzahlungsbeschränkungen erwiesen sich zunächst auch als wenig wirksam, weil dieses äußerst

lukrative Geschäft Kreditmittel aus den verschiedensten Quellen anzieht und deshalb schwer zu kontrollieren ist. Auch Erhöhungen der Kaufsteuer haben erfahrungsgemäß wenig Wirkung, wenn die Käufer schaft bereit ist, die daraus resultierenden höheren Preise zu zahlen; die allgemeine Erwartung einer Kaufsteuererhöhung hatte sogar vor der Veröffentlichung des Herbstbudgets eine verstärkte Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern zur Folge. Ebenso machte sich die von der Regierung angeordnete Einschränkung des Bankkredits nur langsam geltend, teilweise weil die Großbanken wenig Neigung zeigten, diesen rentabelsten Zweig ihrer Anlagen abzubauen, zum anderen, weil andere Finanzinstitute in die Bresche sprangen. Auch die erhöhten Zinssätze für Kommunalbehörden erwiesen sich als schwaches Abschreckungsmittel, solange diese über eine Regierungsagentur praktisch unbeschränkte Investitionskredite in Anspruch nehmen konnten; erst jetzt ist ihnen nahegelegt worden, sich möglichst direkt an den Kapitalmarkt zu wenden.

Trotz all dieser Mängel kann aber festgestellt werden, daß die gewählten Korrekturmaßnahmen, wenn auch langsam, ihren Zweck erfüllen. Wenn Tempo und Dosierung mitunter fehlerhaft waren und späterer Korrektur bedurften, so erwuchs daraus kein dauernder Schaden. Die tastende Behandlung der wirtschaftlichen Beschwerden mit kleinen Mitteln liegt dem Empirizismus des Engländers mehr als eine Krisenbekämpfung mit drastischeren und deshalb gefährlicheren Waffen. Die öffentliche Meinung stimmt jedenfalls mit der Regierung in der Ablehnung physischer Kontrollen überein, würde aber gern ein energischeres Auftreten gegen Monopole sowohl der Großindustrie

DIE GRÖßTE REICHWEITE
 DIE HÖCHSTE GESCHWINDIGKEIT
 DIE STÄRKSTE MOTORENKRAFT
 DEN LUXURIÖSESTEN REISEKOMFORT



Jetzt im Dienst der AIR FRANCE

Dieses Flugzeug der Superlative bietet

- ★ die größte Reichweite
- ★ die höchste Geschwindigkeit
- ★ die stärkste Motorenkraft
- ★ den luxuriösesten Reisekomfort

AIR FRANCE nämlich ist die Linie für Langstrecken!
 Aber auch auf allen anderen Routen des längsten Flugstreckennetzes der Welt bürgen wir dafür:

Bei AIR FRANCE fühlen Sie sich wohl

Vertrauen Sie Ihrem Reisebüro
 es vertraut



als auch der Gewerkschaften sehen. Man fühlt allgemein, daß Geschäftsgewinne mehr als bisher zu Preissenkungen benutzt werden sollten. Direkte Einflußnahme auf das Preisgefüge, etwa durch Einfuhrliberalisierung, wird aber nicht einmal diskutiert. Was die Ausfuhr anbetrifft, so sprechen Industrielle oft von der Gefahr einer Beeinträchtigung der britischen Wettbewerbsfähigkeit durch Lohnerhöhungen. Tatsächlich beruht Englands Exportstellung aber nicht vorwiegend auf einem Preisvorsprung. Kürzere Lieferfristen und stärkere Beachtung ausländischer Geschmacksan-

sprüche würden wahrscheinlich der britischen Ausfuhr mehr helfen als Preissenkungen; auch eine Ausdehnung der Hochkonjunktur in Westeuropa auf die für England traditionell wichtigeren Überseemärkte würde für die britische Industrie äußerst wertvoll sein. Bei voller Anerkennung der Wichtigkeit besonderer Anstrengungen im Export glauben aber Regierung und Wirtschaftskreise, daß der Schlüssel zur Überwindung der periodischen Schwierigkeiten in der Aufrechterhaltung des Gleichgewichts zwischen Erzeugung, Verbrauch und Investitionen im eigenen Lande liegt.

Zur Debatte steht: Einheitsgewerkschaft und Gewissensfreiheit

Der Deutsche Gewerkschaftsbund kann mit dem Publizitätserfolg, den er bei der Verteidigung seines Einheitsanspruches erreicht hat, recht zufrieden sein. Mit wenigen Ausnahmen hat die breite Öffentlichkeit aus allen wirtschaftspolitischen Lagern das System der Einheitsgewerkschaft bejaht. Und es wird nach dieser eindeutigen Stellungnahme kaum damit zu rechnen sein, daß auf längere Zeit ein tieferer Einbruch in die Einheitsfront erzielt wird. Dieser Erfolg dürfte dem DGB aber auch eine Verpflichtung auferlegen, die er nicht vernachlässigen sollte.

Die Gewerkschaft hat in erster Linie einen sozialpolitischen Auftrag seiner Mitglieder auszuführen. Um diesen Auftrag in voller Einmütigkeit und mit größtmöglichem Erfolg durchsetzen zu können, muß sie sich von der unseligen historisch bedingten Verflechtung mit politischen Ideologien freimachen. Gerechterweise muß man trotz gelegentlicher Rückfälle in marxistische Klassenkampftheorien anerkennen, daß in der deutschen Gewerkschaftsbewegung starke Kräfte lebendig sind, die überparteiliche und überkonfessionelle Berufung durchzusetzen.

Allen ist die Gefahr bewußt, daß durch eine ideologische Aufspaltung der Gewerkschaftsorganisation die im Interesse der Staatspolitik angestrebte Entpolitisierung des gewerkschaftlichen Wirkens zunichte gemacht wird und eine politische Radikalisierung der ideologisch ausgerichteten Einzelgruppen neuen Auftrieb erhält. Aber nicht nur auf politischem Gebiet dürfte eine Radikalisierung zu erwarten sein. Auch die sozialpolitischen Forderungen werden sich verschärfen, wenn die Aufspaltung in mehrere Gruppen eine Dauererscheinung werden sollte, weil die Einzelgruppe attraktive Argumente für die Mitgliedwerbung benötigt.

Gerade in der Phase der gegenwärtigen Hochspannung von Preis- und Lohnauftriebstendenzen muß besonderes Gewicht darauf gelegt werden, daß die legitimen, von den Gewerkschaften vertretenen Forde-

rungen auf das volkswirtschaftlich vertretbare Gesamtinteresse abgestimmt werden, und daß jeder propagandistische und attraktive Einschlag bei der Aufstellung von Lohnforderungen unterbleibt. (h)

Marktwirtschaftliche Agrarpreise

Das Sozialklima einer Gesellschaft wird von der Preishöhe einer bestimmten Gruppe von Verbrauchsgütern in besonderem Masse bestimmt: dazu gehören die Mieten, eine Gruppe von Versorgungsdiensten, die Grundnahrungsmittel — also die Agrarpreise — und vielleicht noch die Textilien. Die Stabilhaltung dieser Preisgruppen spielt deshalb für die Sozial-, Konjunktur-, Preis- und Lohnpolitik eine große Rolle. In allen Industrieländern tritt in Zeiten des konjunkturellen Aufschwungs das Phänomen der Preisschere — d. h. das Auseinanderklaffen von Industrie- und Agrarpreisen — betont in Erscheinung. Man fordert von der Landwirtschaft aus eine marktgerechte Preisbildung für landwirtschaftliche Erzeugnisse, indem man auf die Preiserhöhung der landwirtschaftlichen Produktionsmittel und der Arbeitslöhne hinweist. Wir müssen uns aber darüber klar sein, daß man in dem Augenblick, wo man Preisvergleiche mit der Kostenhöhe anstellt, vom Prinzip der klassischen Marktwirtschaft abweicht.

Zweifelloso ist die Landwirtschaft ein Wirtschaftszweig, der den Prinzipien der Marktwirtschaft nicht voll unterworfen werden kann. Und das nicht allein aus der Erwägung heraus, daß die Landwirtschaft von außerwirtschaftlichen Bedingungen abhängig ist und durch ihren Produktionsrhythmus der Marktnachfrage nur mit „time lag“ angeglich werden kann, sondern in erster Linie aus der Erkenntnis heraus, daß die Landwirtschaft im nationalwirtschaftlichen Gefüge

einen unentbehrlichen Stabilitätsfaktor gegen alle weltwirtschaftlichen Produktionsschwankungen darstellt. Sie wirkt aber auch bevölkerungspolitisch und soziologisch als Ausgleichsmoment.

Diese Vorzugsstellung ist ihr jedoch nicht immer von Vorteil gewesen. Sie hat auch in den Zeiten, wo sie dazu in der Lage war, lebensnotwendige Rationalisierungsmaßnahmen versäumt. Sie ist immer ein Protektionskind gewesen, und daraus hat die Landwirtschaft selbst häufig unberechtigte Forderungen abgeleitet.

Wenn wir heute aus konjunktur- und sozialpolitischen Gründen eine Erhöhung der Agrarpreise vermeiden wollen, so bleibt zweifellos im gegenwärtigen Augenblick nur der Ausweg der Subventionen. Subventionen der Verbraucherpreise stehen aber im krassen Gegensatz zu unserem wirtschaftspolitischen Theorem. Nun soll man aber das Theorem nicht gar zu sehr überschätzen! Die Agrarpreissubvention kann eine Ausweichmöglichkeit für die Übergangszeit bedeuten, in der die Durchrationalisierung der Landwirtschaft mit begünstigten Investitionsmitteln erfolgen kann. Dazu ist aber eine öffentliche Investitionslenkung erforderlich. Wenn man von landwirtschaftlicher Seite aus behauptet, daß es doch gleichgültig sei, ob der Verbraucher höhere Preise bezahle oder durch Steuern Subventionsmittel zur Verfügung stelle, so stimmt das nicht ganz. Denn die Steuern werden auch nicht sinken, wenn die Agrarpreise nicht subventioniert werden. (lp)